

Zeitschrift: ZeitBild
Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut
Band: 31 (1990)
Heft: 15

Artikel: Countdown auf Kuba
Autor: Baumgartner, Jacques
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-1093003>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 18.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Jacques Baumgartner

Countdown auf Kuba

«Sozialismus oder Tod!» lautet auf Kuba die Durchhalteparole von Fidel Castro und seinen Anhängern.

Die Lage wird offenbar zunehmend ernst auf der Karibikinsel, und auch Castro scheint daran zu denken, dass seine und seines Regimes Tage gezählt sein könnten. So sagte er unlängst, nur Gott wisse, wie lange er noch seinen «revolutionären Mann» stehen könne oder ob er und die gesamte kubanische Nation «nicht schon bald im Blutbad einer amerikanischen Invasion» untergehen würden. Eine erstaunliche Anrufung des lieben Gottes des erklärten Atheisten Castro.

Kreml-Kontakte mit der Opposition

Es gibt keine Anzeichen dafür, dass die Amerikaner oder Exil-Kubaner eine Landung auf der Insel vorbereiteten. Aber der 63jährige Fidel Castro braucht die «Mobilisierung» der zehn Millionen Kubaner gegen einen äusseren Feind, um von den sich immer mehr verschärfenden inneren Problemen des Regimes abzulenken.

Mit allen Mitteln, das heisst mit jenen der Unterdrückung, versucht Castro, nicht in den Strudel «real-sozialistischen» Machtverlustes hineingezogen zu werden.

Im vergangenen Jahr legte ihm der sowjetische Partei- und Staatschef Michail Gorbatschow, dringend nahe, Reformen durchzuführen, die Fesseln seines Regimes zu lockern. Castro sagte nein. Seither hat sich Osteuropa gewandelt. Die Zahl der tatkräftigen Freunde nimmt ab, und auch die Sowjetunion hat angekündigt, dass sie auf Ende dieses Jahres den wirtschaftlichen Beistand auf eine «neue Basis» stellen werde. Das heisst, künftig gibt es Hilfe nur gegen harte Währung.

Dieses Jahr erhält Castro noch Hilfe in Höhe von etwa 15 Milliarden Dollar (9,2 Mia Rubel), bezogen auf den offiziellen, aber unrealistischen Umrechnungskurs für den Rubel. Wie es danach mit der kubanischen Planwirtschaft weitergehen soll, ist ungewiss.

Kuba schuldet der Sowjetunion schätzungsweise 25 Mia Dollar. Die verstaatlichte kubanische Industrie ist mit ihren über-

alterten Produktionsanlagen auf dem Weltmarkt nicht konkurrenzfähig. Bis anhin waren die osteuropäischen Staaten zur Abnahme verpflichtet. Jetzt dürften diese als Abnehmer nicht mehr in Frage kommen.

Dass sich die Sowjetunion offenbar auf die Zeit nach Fidel Castro vorbereitet, wurde im vergangenen Monat deutlich, als sich im Gipfelschatten von George Bush und Michail Gorbatschow in Miami (Florida) eine Kreml-Delegation mit führenden Exil-Kubanern traf. «Man» wolle nicht den gleichen Fehler begehen wie in Osteuropa, äusserte sich ein Mitglied der Kreml-Delegation, und keine Kontakte zur Opposition haben. Andrei Kortunow, einem aussenpolitischen Kreml-Berater, zufolge «dürfte Gorbatschow die Frage der Vereinigung der beiden deutschen Staaten als weitaus wichtiger einschätzen, was immer dort, in Havanna, auch geschehen mag».

«Komitees zur Verteidigung der Revolution»

Die Exil-Kubaner in Florida feilen seit Monaten an einer Post-Castro-Verfassung.

Sie haben Pläne für die Wirtschaftsentwicklung nach dem «Ende des Sozialismus auf Kuba» entworfen. Es ständen Investitionen von Grossunternehmen bereit. Vor allem Japan, Kanada und Spanien ist zu verstehen gegeben worden, dass eine künftige demokratische Regierung in Havanna die «Kredite an Castro» – und das dürfte auch für andere Geldgeber gelten – «möglichst» nicht zurückzahlen werde.

Unlängst beschuldigte die Menschenrechtskommission der Organisation Amerikanischer Staaten (OAS) die kubanische Regierung, eine «Kampagne der Einschüchterung gegen Oppositionelle» begonnen zu haben und Regimekritiker ohne Prozess ins Gefängnis zu werfen. Regimekritiker würden auch mit einem Berufsverbot belegt, und Kinder, deren Eltern in die Vereinigten Staaten oder nach Mexiko geflüchtet oder legal ausgereist seien, würden verfolgt, ihnen der Nachzug nicht gestattet.

Castros Rezept gegen die stärker werdende Konterrevolution ist – vergleichbar mit jenem der greisen chinesischen Führung in

Peking – verschärfte Unterdrückung. Ein wichtiges Werkzeug im Kampf gegen Dissidenten und Konterrevolution sind die sogenannten Komitees zur Verteidigung der Revolution. Diese stellen eine Art von Blockwartssystem dar, mit dem das Regime jeden politischen Abweichler (noch) nahezu lückenlos erfassen kann. Aber es bilden sich immer mehr illegale Oppositionsgruppen. Dazu gehörte auch die Gruppe, die Schutz in der tschechoslowakischen Botschaft in Havanna suchte. Es handelt sich um Angehörige der «Partei für Menschenrechte in Kuba» und einer «Christlichdemokratischen Bewegung».

Mitglieder solcher Gruppen oder Organisationen müssen mit langjährigen Gefängnisstrafen von 5 bis 25 Jahren rechnen, wenn das Regime ihrer habhaft wird. Derzeit dürften etwa 200 politische «Langzeitgefangene» in Castros Gefängnissen sitzen. Darunter befinden sich auch alte Kampfgenossen von Fidel Castro aus den ersten Jahren nach der Revolution von 1959. Fidel Castro will «bis zum letzten Blutstropfen die kubanische Revolution» verteidigen. Der «Countdown» läuft. ■

Bitterer Zucker

Die diesjährige Zuckerernte dürfte 600 000 Tonnen unter den 8,2 Mio Tonnen von 1989 liegen. Den geringeren Ertrag führt die «Granma», die Parteizeitung, auf schwere Regenfälle im Frühjahr zurück.

Mit leerem Frachtraum verliessen zwei bulgarische Frachter im vorigen Monat Kuba. Die Schiffe hatten tiefgefrorene Hühner und Speck gebracht und hätten dafür Zucker laden sollen. Es gab keinen.

Grösster Handelspartner ist die Sowjetunion. Auf sie entfallen 80 Prozent des kubanischen Aussenhandels. Wie schon 1989 will die Sowjetunion auch dieses Jahr 4,4 Mio Tonnen Zucker abnehmen. Kuba tauscht ihn gegen Erdöl, Getreide, Nahrungsmittel und Werkzeugmaschinen ein.